

Süddeutsche Zeitung, 26.04.2006

Eckpunkte für Steuerreform

26

Unternehmer fordern einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent

München - Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung geplanten Steuerreform haben bayerische Unternehmer einen „Paradigmenwechsel“ gefordert. „Wir müssen die Unternehmen in erster Linie als Wirtschaftsfaktoren und als tragende Säulen unserer Marktwirtschaft betrachten, und erst in zweiter Linie als Steuerobjekt“, sagte Rüdolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) am Dienstag auf dem Kongress „Zukunft/Deutschland“ in München.

Das deutsche Steuerrecht sei ineffizient, kompliziert und verhindere erfolgreiches Unternehmertum, so Rodenstock. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel für 2008 angekündigte Reform der Unternehmenssteuern müsse daher einige Eckpunkte aufweisen: Erstens sollten einbehaltene Gewinne bei Personen- und Kapitalgesellschaften gleichmaßen nur mit 25 Prozent besteuert werden. Die Gewerbesteuer sei zudem durch eine

Beteiligung der Kommunen an anderen Steuern zu ersetzen. Drittens müssten Hürden im grenzüberschreitenden Geschäft abgeschafft werden, damit Deutschland wieder zum „attraktiven Konzernstandort für große und mittelständische Strukturen“ werde. Und schließlich sei die Mindestbesteuerung abzuschaffen, da sie „betriebswirtschaftlich notwendige Vorinvestitionen bestrafe“, sagte Rodenstock.

Zum Vergleich verwies der Unternehmer auf Österreich, wo die Körperschaftsteuer Anfang 2005 von 34 auf 25 Prozent gesenkt wurde. Eine Gewerbesteuer werde dort seit vielen Jahren nicht mehr erhoben. „Österreich gibt einfachen typisierenden Regelungen den Vorzug“, sagte Michael Lang, Vorstand des Instituts für österreichisches und internationales Steuerrecht in Wien. „Damit ist das Steuersystem zwar nicht in jedem Einzelfall gerecht, dafür aber transparenter und nachvollziehbarer.“